

REFLEXIONEN VON SOLARANLAGEN

Aktuelle Urteile sowie Entwicklungen
zum Raumplanungsgesetz

Evelyne Noth Anwaltskanzlei, Zürich

1

INHALTSVERZEICHNIS

- Gesetzliche Grundlagen
- Erläuternder Bericht zur Raumplanungsverordnung vom 4. April 2014
- Praktische Bedeutung der gesetzlichen Grundlagen
- Rechtsprechung
- Entwicklungen zu Reflexionen und Lichtimmissionen
- Empfehlungen für die Praxis
- Fragen

2

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Art. 18a Solaranlagen des Raumplanungsgesetzes (RPG)
- Art. 32a Bewilligungsfreie Solaranlagen der Raumplanungsverordnung (RPV)
- Art. 11 Grundsatz des Umweltschutzgesetzes (USG)

3

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Art. 18a Solaranlagen des Raumplanungsgesetzes (RPG)
 - ¹ In Bau- und Landwirtschaftszone bedürfen **auf Dächern genügend angepasste Solaranlagen** keiner Baubewilligung nach Artikel 22 Absatz 1. Solche Vorhaben sind lediglich der zuständigen Behörde zu melden.
 - ² ...
 - ³ ...
 - ⁴ Ansonsten gehen die Interessen an der Nutzung der Solarenergie auf bestehenden oder neuen Bauten den ästhetischen Anliegen grundsätzlich vor.

4

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Art. 32a Bewilligungsfreie Solaranlagen der Raumplanungsverordnung (RPV)
 - ¹ Solaranlagen gelten als auf einem Dach genügend angepasst (Art. 18a Abs. 1 RPG), wenn sie:
 - a. die Dachfläche im rechten Winkel um höchstens 20 cm überragen;
 - b. von vorne und von oben gesehen nicht über die Dachfläche hinausragen;
 - c. **nach dem Stand der Technik reflexionsarm ausgeführt werden**; und
 - d. als kompakte Fläche zusammenhängen.
 - ² ...
 - ³ ...

5

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Art. 11 Grundsatz des Umweltschutzgesetzes (USG)
 - ¹ ...
 - ² Unabhängig von der bestehenden Umweltbelastung sind Emissionen im Rahmen der Vorsorge so weit zu begrenzen, als **dies technisch und betrieblich möglich** und wirtschaftlich tragbar ist.
 - ³ ...

6

ERLÄUTERNDER BERICHT ZUM RPV VOM 2. APRIL 2014

- Erläuternde Bericht zum RPV sieht zu Art. 32a Abs. lit. c RPV vor, dass
 - die Solaranlage keine Störung verursachen soll, und
 - eine reflexionsarme Solaranlage auch im Eigeninteresse des Anlageeigentümers ist, da eine störend reflektierende Anlage später saniert werden muss (Art. 684 ZGB in Verbindung mit Art. 679 ZGB).

7

PRAKTISCHE BEDEUTUNG DER GESETZLICHEN GRUNDLAGEN

- Art. 32a Abs. 1 lit. c RPV in Verbindung mit Art. 18a RPG verlangt **keine blendfreien Solarmodule**, sondern eine **reflexionsarme Ausführung nach dem Stand der Technik**.
- Gesetz, Verordnung und Erläuterungen lassen offen, welche konkrete Gestaltung, Materialisierung und Montage damit verlangt wird.
- Eine reflexionsarme Ausführung dient der umweltrechtlich verlangten vorsorglichen Minimierung der Reflexionen auf die Umgebung.
- Diese Vorgabe darf nicht dazu führen, die Installation von Solaranlagen in Standardsituationen zu behindern oder zu verhindern.

8

RECHTSPRECHUNG

- Die Gerichtspraxis zur Bewilligung von Solaranlagen im Zusammenhang mit der Frage der Reflexion ist trotz der hohen Anzahl von Solaranlagen spärlich:
 - *Bundesgerichtsentscheid Burgdorf (1C_177/2011 vom 9. Februar 2012)*: Nachbarstreit aufgrund von Sonnenkollektoren mit Blendwirkungen im Umfang von 20 bis 40 Minuten, zugelassen.
 - *Verwaltungsgericht Zürich, VB.2007.00307, vom 7. November 2007*: Nachbarstreit, wo Sonnenkollektoren während 4.5 Monaten zwischen 15.30 Uhr bis 16.30 Uhr bis zu 50 Minuten mit einer Lichtintensität von ca. 30 % des Sonnenlichtes auftragen, nicht zugelassen.
 - *BRGE Zürich II Nr. 0117/2011 vom 17. Mai 2011 = BEZ 2011 Nr. 47 Nr. 47*: Pflicht zur Abklärung von Lichtspiegelungsimmissionen auf den benachbarten Grundstücken.
 - *Verwaltungsgericht GR, R 1453 vom 12. März 2015*: Nachbarstreit aufgrund von Reflexionswirkungen einer Solaranlage, von März bis Oktober zwischen 15.00 Uhr und 18.00 Uhr während 10 – 120 Minuten; nicht zugelassen.
 - *BRGE Zürich I Nrn. 0013 und 0014/2015 vom 23. Januar 2015*: Abklärung der Blendwirkung im Bauverfahren.

9

RECHTSPRECHUNG

- Generell lässt sich aufgrund der bisherigen Rechtsprechung folgendes festhalten:
 - Bei der Beurteilung von Lichtimmissionen einer Solaranlage geht es letztlich um die Frage, ob die Bevölkerung bzw. die betroffenen Nachbarn in ihrem Wohlbefinden **erheblich gestört** werden. Massgebend ist eine **Prüfung im Einzelfall**, wobei
 - die Intensität und Einwirkdauer sowie
 - die technischen Möglichkeiten der Baukonstruktion
 im besonderen Masse berücksichtigt werden.
 - Das Vorsorgeprinzip verpflichtet dazu, Produkte mit möglichst niedriger Blendwirkung zu verwenden.
 - Erfüllt eine Solaranlage diese Voraussetzungen nicht, entfällt die Baubewilligungsfreiheit und es kann ein (nachträgliches) Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden.

10

ENTWICKLUNGEN ZU REFLEXIONEN UND LICHTIMMISSIONEN

- Gerichtsfälle zu Reflexionen und Lichtimmissionen werden wohl in Zukunft noch mehr abnehmen, da moderne Solaranlagen in hohem Masse entspiegelt sein sollen.
- Gespräche mit Gemeinden und Nachbarn vor der Installation von Solaranlagen führen vielfach zu befriedigenden Resultaten ohne Rechtsstreit.

11

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE PRAXIS

- Solaranlagen können reflektieren: Es ist physikalisch weder möglich noch umsetzbar, Reflexionen zu verhindern, da alle Flächen, d.h. Fassaden, Fenster, Dächer oder eben Photovoltaikanlagen, mehr oder weniger Licht reflektieren.
- Sofern Solarpanels nach dem technologischen Fortschritt auf dem neusten Stand sind, ist davon auszugehen, dass sie reflexionsarm sind und bewilligungsfrei verbaut werden können.
- Selbst Reflexionen von Solaranlagen auf dem aktuellsten Stand der Technik lassen sich nicht vollständig eliminieren.
- In diesen Fällen sind aber allfällige Reflexionen als ein (umweltrechtlicher) Bagatelldfall einzustufen, weil sie objektiv keine erhebliche Intensität erreichen.

12

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE PRAXIS

- Abklärung, ob Gemeinde oder Kantone die Gestaltungsvorschriften bzw. die unbestimmten Rechtsbegriffe «Stand der Technik» und «reflexionsarm» im Sinne von Art. 32a Abs. 1 lit. c RPV näher definiert oder umschrieben haben.
- Solarpanels mit Antireflexionsglas oder dunklen Absorber verbauen.
- Abklärung der Lichtreflexionen beim Hersteller der Solarpanels.
- Bestätigung des Herstellers, aus welcher hervorgeht, dass die Solarpanels nach dem Stand der Technik als reflexionsarm gelten bzw. dass technisch die Blendwirkung reduziert wurde und wie.
- Behördliches Fachgutachten anfordern und/oder Augenschein mit Behörde und/oder den Betroffenen vor Ort durchzuführen.

13

FRAGEN

- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

14